

WIR

aktiv vor Ort

Informationen aus den Landesvereinigungen

Senioren
Union **CDU**



Inhalt

Nordrhein-Westfalen

- „Digitalisierung nützt auch unserer Generation“ 2
- Ein neues Land entsteht: Nordrhein-Westfalen wird 75 Jahre alt 3

Niedersachsen

- Zwei Ehrennadeln in Aurich verliehen 4
- Svenja Schünemann ist neue Landesgeschäftsführerin 4

Oldenburg

- Smarte Region – smarte Senioren? 5

Schleswig-Holstein

- Erfolgreicher Einsatz der SU Schleswig-Holstein 6

Hessen

- Medizinisches Versorgungszentrum als Pilotprojekt für den ländlichen Raum 7
- Neues Format, altbewährte Qualität 7

Baden-Württemberg

- Demografie: Politik mit Langzeitblick 8

Rheinland-Pfalz

- Sie entscheiden die Wahl! 9

Brandenburg

- Seniorengenossenschaft Oberhavel macht Schule 10

Sachsen-Anhalt

- Senioren-Union unterstützt das Rentenkonzept 11

Sachsen

- Mit Kraft und Energie ins Wahljahr 2021 11

Mecklenburg-Vorpommern

- Zukunft gestalten wir mit 12
- Wir haben Corona-Pandemie, aber keinen Krieg! 12



Foto: CDU Deutschland

Helge Benda, Landesvorsitzender der Senioren-Union Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union Deutschlands.

„Digitalisierung nützt auch unserer Generation“

Nordrhein-Westfalen. Der aktuelle, achte Altersbericht zum Thema „Ältere Menschen und Digitalisierung“ ist einer Thematik gewidmet, die gerade jetzt, in der immer noch unverändert andauernden Pandemie, für die Senioren mehr denn je von Bedeutung ist. Seit dem Jahre 1993 gibt es einmal in der Legislaturperiode einen Altersbericht. Er wird von einer Expertenkommission erarbeitet und soll für die Seniorenpolitik des Bundes eine Entscheidungsgrundlage sein.

Soziale Isolation verringern

„Gerade in Corona-Zeiten zeigt es sich, wie wichtig die Digitalisierung auch für ältere Menschen ist“, so Helge Benda, Landesvorsitzender der Senioren-Union Nordrhein-Westfalen. „Wie gut ist es, wenn man über den Computer, dem Laptop, das Tablet oder auch das Smartphone

mit Familie und Freunden nicht nur sprechen, sondern sich auch sehen kann. Diese digitalen Kontakte könnten die soziale Isolation deutlich verringern. Deshalb muss die Integration älterer Menschen in die digitale Welt vorrangig unterstützt werden.“

In dem Bericht wird auch ausgeführt, dass der Zugang zum Internet vom Einkommen und Bildungsstand abhängt, aber auch von den Berufs- und Technikbiografien sowie dem Geschlecht und der ethnischen oder kulturellen Herkunft. „Aus Sicht der Achten Altersberichtscommission muss gerade in Zeiten der Corona-Pandemie dafür Sorge getragen werden, dass sich die bestehenden digitalen Ungleichheiten nicht weiter verschärfen.“ (Zitat aus dem Positionspapier der achten Altersberichtscommission). Helge Benda: „Es ist richtig, zu fordern, dass ältere Menschen, die über keinen Internetzugang verfügen, diesen einfach, unbü-

rokratisch und kostengünstig erhalten. Vor allem ist da an Bewohnerinnen und Bewohner in Alten- und Pflegeheimen, aber auch an alleinlebende ältere Menschen zu denken.“

Digitalen Einsatz steuern

Natürlich dürfe man nicht außer Acht lassen, dass digitale Technologien nicht nur die Lebensqualität verbessern können, sondern auch in die entgegengesetzte Richtung gehen und die soziale Ausgrenzung verschärfen. Von daher sollte der Einsatz digitaler Technologien immer „wohlüberlegt, reflektiert, angemessen und begleitet“ sein, so auch in dem Positionspapier der achten Altersberichtscommission zu lesen.

„Es muss jetzt auch unsere Aufgabe als Senioren-Union sein, diese zentralen Gedanken der Digitalisierung zunehmend mit Leben zu erfüllen“, so Helge Benda abschließend.

Ein neues Land entsteht: Nordrhein-Westfalen wird 75 Jahre alt

Nordrhein-Westfalen. In einer Sache waren sich die vier Besatzungsmächte nach dem Weltkriegsende einig: Wenn es wieder einen deutschen Staat geben sollte, dann durfte dieser auf keinen Fall ein starker Zentralstaat werden. Zu schlecht waren die Erfahrungen mit einem aggressiven deutschen Staat nach zwei Weltkriegen gewesen. Daher begannen die Siegermächte noch 1945 damit, in ihren Besatzungszonen Länder zu gründen, als erste die Sowjets, dann die Amerikaner und zuletzt die Briten und die Franzosen.

Entscheidung fiel in London

Mit der Verordnung Nr. 46 „Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen in der Britischen Zone und ihre Neubildung als selbständige Länder“ wurde die Britische Zone neu gegliedert: Schleswig-Holstein im Norden, dann Hamburg und Niedersachsen (Bremen war amerikanisch). Und dann stellte sich die Frage, was mit der Provinz Westfalen, dem Land Lippe und der Rheinprovinz geschehen sollte. Zur alten Rheinprovinz nämlich gehörten auch die Regierungsbezirke Koblenz und Trier; diese aber lagen nun in der französischen Zone. Die Entscheidung fiel im Sommer in London: per Kabinettsbeschluss wurde die geheime „operation marriage“ eingeleitet, konkret die Verschmelzung der Provinz Westfalen mit dem Nordteil der Rheinprovinz (daher Nordrhein-Westfalen). Die Entscheidung wurde den Vorsitzenden von CDU (Konrad Adenauer) und SPD (Kurt Schumacher) in Berlin eröffnet. Adenauer befürwortete die Lösung, Schumacher war dagegen: das neue Land sei zu stark und würde ein Gesamtdeutschland dominieren und damit einem geeinten Deutschland im Wege stehen.

Ähnliche Überlegungen zur Länderneuordnung hatte es auch schon bei Verwaltungsfachleuten auf deutscher Seite gegeben, die auch den britischen Besatzungsoffizieren nicht verborgen geblieben waren. Den Lippern schließlich wurde es überlassen, ob sie sich Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen anschließen wollen; das Ergebnis ist bekannt.

Die Briten gingen planmäßig vor: zunächst wurde ein Ministerpräsident ernannt: die Wahl fiel auf den parteilosen Regierungspräsidenten von Münster, Dr. Rudolf Amelunxen, der den Auftrag erhielt, ein Allparteienkabinett (SPD, CDU, KPD, Zentrum, FDP) zu berufen. Strittig war die Besetzung des Vize-Ministerpräsidenten. SPD und CDU beanspruchten die Position. Die Sozialdemokraten erhielten den Zuschlag. Adenauer entschied daraufhin, dass die CDU sich nicht am Kabinett beteiligt und in die Opposition geht.



Dr. Wolfgang Gärtner, stellvertretender Landesvorsitzender der Senioren-Union Nordrhein-Westfalen.

Das neue Land sollte aus britischer Sicht nun auch ein Parlament erhalten. Da es noch keine Wahlen gab, wurde auch dieses zunächst einmal ernannt. 200 Abgeordnete sollte der Landtag haben, je 100 aus Westfalen und dem Nordrhein (später kamen noch einige Lipper hinzu). Die parteipolitische Zusammensetzung wurde auf der Basis von Reichstagswahlen am Ende der Weimarer Republik geschätzt: 71 SPD, 66 CDU, 34 KPD, 18 Zentrum, 9 FDP, 2 Parteilose. Die Parteien hatten nun Vorschläge für die Ernennung zu unterbreiten. Die Vorgeschlagenen mussten Fragebögen der Militärregierung ausfüllen, die auf dieser Basis die Vorschläge prüften und dann die Ernennungen vornahmen.

Das neue Land hatte nun eine Regierung

Am 2. Oktober 1946 wurde dann der Landtag mit einem Festakt im Düsseldorfer Opernhaus eröffnet. Das neue Land hatte nun eine Regierung und ein Parlament, jeweils nicht vom Volk gewählt, sondern von den Besatzern ernannt. Die Befugnisse waren noch stark eingeschränkt. Die ersten Landtagswahlen sollte es dann am 20. April 1947 geben.



Zwei Ehrennadeln in Aurich verliehen



Von links: Rainer Hajek, Gerd Samuels, Erika Schmelzle und Heiko Schmelzle.

Aurich. Für den Landesvorsitzenden der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen, Rainer Hajek, war es eine besondere Freude, an der Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen der Senioren-Union, Kreisvereinigung Aurich teilzunehmen. Er hatte zwei Überraschungen im Gepäck, von denen keiner etwas geahnt hat. Zunächst hielt Rainer Hajek die Laudatio auf den bisherigen Kreisvorsitzenden – er war über 13 Jahre im Amt – und jetzigem einstimmig gewählten Ehrenvorsitzenden der Senioren-Union Aurich, Gerd Samuels. Als Hajek dann die Ehrenurkunde überreicht hatte, ließ es sich der anwesende Bürgermeister der Stadt Norden, Heiko Schmelzle, nicht nehmen, seiner Mutter Erika Schmelzle und Gerd Samuels die Ehrennadel ans Revers zu heften.

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit möchte ich mich bei Ihnen vorstellen. Ich bin Svenja Schünemann, 26 Jahre alt, und arbeite seit dem 1. September 2020 bei der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen als politische Referentin.

Seitdem stehe ich Ihnen auch als Landesgeschäftsführerin der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen für Anregungen und Fragen zur Seite.

Für Anregungen, Wünsche und Fragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Erreichen können Sie mich telefonisch unter der Telefonnummer 0511 / 27 99 1-96 und 0172 / 309 99 75 und per E-Mail-Adresse schuenemann@cdu-niedersachsen.de.

Ich freue mich auf eine großartige Zusammenarbeit!

Herzliche Grüße
Svenja Schünemann

Svenja Schünemann ist neue Landesgeschäftsführerin in Niedersachsen



Svenja Schünemann

Smarte Region – smarte Senioren?

Oldenburg. „Intelligent vernetzte Städte, Regionen oder Kommunen, die technologische Möglichkeiten der Digitalisierung in fast allen Bereichen auf kommunaler Ebene nutzen“, finden sich unter dem Sammelbegriff Smart City und Smart Region wieder. Städte und Regionen sollen effizienter, technologisch fortschrittlicher und sozial inklusiver gestaltet werden. Bisher technologisch und administrativ getrennte Bereiche sind auf hochleistungsfähigen und sicheren Plattformen integriert und vernetzt.

Um die Kenntnisse zu diesem Thema zu erweitern war der Gründer und Geschäftsführer der Firma embeteco, Herr Mathias Brucke, als Referent zur Landesvorstandssitzung der Senioren-Union Oldenburg per Videokonferenz zugeschaltet. Er leitet die Expertengruppe Smart Cities/Smart Regions im Nationalen Digitalgipfel.

Probleme, die aus dem demografischen Wandel, der Umweltverschmutzung, dem Klimawandel und der Verknappung von Ressourcen entstehen, geht die Smart City/Smart Region mit innovativen Konzepten und Technologien an. Enge Zusammenarbeit der Akteure und eine Integration sozialer Aspekte durch eine Beteiligungskultur der Bürger sind für den Erfolg ausschlaggebend, führte Brucke weiter aus, denn „Zukunft wird vor Ort gemacht“.

Für die Umsetzung der nachhaltigen Gestaltung der Digitalisierung bedarf es kommunaler, fachübergreifender und raumbezogener Strategien. Fördermittel des Bundes stehen

bereit. In der Smart City wird die Umgebung mit Sensoren ausgestattet sein, damit ein „Internet der Dinge“ sämtliche erfassten Daten auf einem virtuellen Computerserver, der Datencloud, verfügbar macht. Stadtbewohner und die sie umgebende Technologie interagieren zeitgleich und permanent. Mathias Brucke stellt einige Beispiele vor:

- a) Private Stromerzeuger, die als Energiegenossenschaft mit Blockheizwerk oder als Einfamilienhausbesitzer mit Photovoltaikanlage den überschüssigen Strom selbst verbrauchen oder ins öffentliche Stromnetz einspeisen und damit vom Konsumenten zum Produzenten werden. Verbrauchsspitzen werden ausgeglichen.
- b) Die Straßenlaterne „intelligenter Pfosten“ ist mit Sensoren bestückt und kann freie Parkplätze melden, Wetterdaten übermitteln und eine integrierte E-Ladesäule anbieten. Je nach Ausstattung kann das Licht bei Bewegungen eingeschaltet oder wenn niemand unterwegs ist, gedimmt werden. Der Stromverbrauch sinkt.
- c) Das Smartphone teilt mit, wo das Benzin am günstigsten ist oder wann man mit dem Bus von A nach B kommen kann. Emissionen sinken.

Am Beispiel des Smart-City-Projektes der Stadt Oldenburg „Energetisches Nachbarschaftsquartier Fliegerhorst Oldenburg (EnaQ)“, an dem 21 Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung beteiligt sind und bei dem die Stadt Oldenburg für den Bereich Energie zuständig ist,



Heidi Exner, stellv. Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU Deutschlands, Landesvorsitzende Oldenburg.

werden die Möglichkeiten für Städte und Kommunen herausgestellt:

- Steigerung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit, Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe,
 - Neugestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens,
 - ressourcenschonenderes und nachhaltigeres Handeln,
 - Förderung von Innovationen,
 - effizientere Organisation der Prozesse und
 - Realisierung von Kostensenkungen
- Nach reger Diskussion ergibt sich für die Senioren-Union Oldenburg die Forderung die Digitalisierung in die Grundversorgung aufzunehmen.

Unter www.seniorenunion-oldenburg.de ist der Vortrag eingestellt.

Web: www.seniorenunion-oldenburg.de
E-Mail: info@seniorenunion-oldenburg.de



Erfolgreicher Einsatz der SU Schleswig-Holstein!

Das Impf-Kuddelmuddel in Schleswig-Holstein ist gestoppt worden. Sofort nach Bekanntwerden der Regelung, die verwirrend, wirklichkeitsfremd und ungerecht war, haben wir einen Brandbrief an unseren Ministerpräsidenten verfasst. Hier seine Antwort.

Mit herzlichem Gruß
Wolfgang Börnsen, Landesvorsitzender

Schleswig-Holstein
Der echte Norden



Schleswig-Holstein
Der Ministerpräsident
Staatskanzlei

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Herrn
Wolfgang Börnsen
Landesvorsitzender
der Senioren Union
Sophienblatt 46
24114 Kiel



28. Januar 2021

Lieber Wolfgang Börnsen,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 7. Januar 2021, das ich Ihnen sehr gern beantworte. Die verspätete Beantwortung bitte ich zu entschuldigen, aktuell erreicht mich eine Vielzahl von Anfragen.

In der Zwischenzeit haben Sie sicherlich schon im Zusammenhang mit Ihrem Anliegen den Medienberichterstattungen entnommen, dass das Gesundheitsministerium den Zugang zu den Terminen für Impfungen gegen das Coronavirus für die Seniorinnen und Senioren in Schleswig-Holstein deutlich erleichtert hat. Rund 220.000 impfberechtigte Bürgerinnen und Bürger, die 80 Jahre oder älter sind, werden ab dem 28. Januar 2021 ein Informations-schreiben mit einem persönlichen Pin-Code und einer Telefonnummer erhalten. Diese Ergänzung zum bestehenden Anmeldesystem hat der Gesundheitsminister am 14. Januar 2021 im Sozialausschuss des Landtags vorgestellt.

Mit der zusätzlichen Möglichkeit können sich die Seniorinnen und Senioren ohne Zeitdruck telefonisch registrieren und bereits für ihren persönlichen Impftermin in einem der schleswig-holsteinischen Impfzentren reservieren lassen. Die in dem Anschreiben vermerkte Telefonnummer soll ab dem 1. Februar 2021 montags bis freitags jeweils zwischen 08.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung stehen. Erster buchbarer Termin wird voraussichtlich der 8. Februar 2021 sein. Im Unterschied zur bisherigen Handhabung werden Terminbuchungen für über 80-jährige dabei nicht nur für die Folgewoche, sondern für einen längeren Zeitraum möglich sein.

Düsternbrooker Weg 104, 24105 Kiel | Telefon 0431 988-0 | Telefax 0431 988-1960 | www.schleswig-holstein.de |
Buslinien 41, 42, 51 | E-Mail-Adressen: Kein Zugang für verschlüsselte Dokumente.

- 2 -

Die Terminvergabe kann auch weiterhin nur auf Basis der aktuell bekannten Liefermengen erfolgen – dementsprechend werden viele Impfwillige zunächst nur einen Termin erhalten können, der im späten Frühjahr oder gar Frühsommer liegt. Sollte mehr Impfstoff verfügbar sein, wird den Betroffenen telefonisch ein früherer Termin angeboten.

Die Informationsschreiben werden in Tranchen versendet. Dabei wird nach einer Altersstaffelung innerhalb der Gruppe der über 80-jährigen vorgegangen.

Das bestehende Internet-Portal unter www.impfen-sh.de wird weiterhin für alle anderen Gruppen der höchsten Priorisierung nach Bundesverordnung zur Verfügung stehen. Dort werden Impfberechtigte, die nicht zur Gruppe der über 80-jährigen gehören, weiterhin wöchentlich Termine buchen können, sofern hierfür ausreichend Impfstoff zur Verfügung steht. Aufgrund von Lieferverzögerungen bzw. Lieferreduzierungen musste für die letzten beiden Wochen die Terminvergabe für Erstimpfungen in den Impfzentren ausgesetzt werden.

Erfreulich ist, dass in 87 % der stationären Pflegeeinrichtungen inzwischen ein erster Impftermin stattgefunden hat.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass viele unserer älteren Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner das vereinfachte Anmeldeverfahren ab Ende dieses Monats nutzen werden, um sich einen Impftermin zu holen.

Vielen Dank für Ihren unermüdlichen Einsatz für die Seniorinnen und Senioren unseres Landes. Bleiben Sie bitte gesund!

Mit freundlichen Grüßen


Daniel Günther

Medizinisches Versorgungszentrum als Pilotprojekt für den ländlichen Raum

Vogelsberg. Die Situation der gesundheitlichen Versorgung stellt ein breit diskutiertes gesellschaftliches Thema dar. Auch im Vogelsbergkreis gibt es vielfältige Initiativen und Projekte zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung. Ein wesentliches Ergebnis der jahrelangen Arbeit ist der Aufbau eines kommunalen Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ), dessen Träger der Landkreis und zwei Gemeinden sind. Diese Zusammenarbeit ermöglichte den Aufbau einer zukunftsfähigen Organisationsform, deren Resultat ein wesentlicher Baustein zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum darstellt.

Das Problem: Die Hausärztinnen und Hausärzte im Vogelsbergkreis sind im Durchschnitt 55,35 Jahre alt. Ausgehend von einer Praxisaufgabe mit 65 Jahren werden bis zum Jahr 2025 48 Prozent der heute tätigen Hausärzte ausscheiden. Unter anderem ist aufgrund fehlender Nachfolge



Kurt Wiegel, stellvertretender Vorsitzender der Senioren-Union Hessen.

im Kreis ein Rückgang auf 64 Arztsitze in 2020 zu verzeichnen. Die mangelnde Attraktivität der Hausarztmedizin liegt dabei nicht nur in der geringen Ausbildung von Hausärzten, sondern auch an den Erwartungen des medizinischen Nachwuchses oder auch bürokratischen Anforderungen in einer Praxis.

Die Lösung: Die Ziele und die sich daraus ableitenden Maßnahmen für die kommenden Jahre sind von zwei Perspektiven aus zu betrachten: Zum einen die Verstärkung der Struktur, zum anderen der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum. Unter Leitung des Ersten Kreisbeigeordneten und Gesundheitsdezernenten des Vogelsbergkreises, Dr. Jens Mischak, wurden die verschiedenen Beteiligten aus unternehmerischer Beratung, Kommunalpolitik und örtlicher Medizin an einen Tisch geholt und das MVZ-Konzept in seiner jetzigen Form erarbeitet.

Bisherige kommunale Versorgungszentren weisen entweder eine Kommune oder einen Landkreis auf. Diese Gemeinschaftsstruktur stellt daher ein Novum dar. Das MVZ kann somit einen zukunftsweisenden Weg auch für andere Kommunen und Landkreise darstellen.

Neues Format, altbewährte Qualität

Hessen. Seit diesem Jahr können Sie, liebe Mitglieder der Senioren-Union Hessen, wieder eine neue Ausgabe des Senioren-Kuriers in den Händen halten. Als Chefredakteur freut es mich sehr, dass wir Ihnen jüngst die neue Ausgabe präsentieren konnten. Wie Sie bestimmt bemerkt haben, hat sich einiges gewandelt: Das Format hat sich geändert, die Gestaltung wurde überholt und verbessert. Zukünftig erhalten Sie den Senioren-Kurier also in einem handlicheren und moderneren Zeitungsformat, dass sich noch besser zum Lesen eignet und zum Schmökern einlädt.

Was trotz dieser Neuerungen gleich bleibt, ist unser Anspruch Sie, unsere Mitglieder, immer umfassend über das politische Geschehen in Hessen und Deutschland zu informieren. Daher holen wir regelmäßig Meinungen und Vorschläge unserer Abgeordneten, des Ministerpräsidenten, der Minister und anderer Regierungsmitglieder und Mandatsträger ein, die ganz besonders auch senioren-spezifische Themen betreffen. Somit sind Sie mit dem Senioren-Kurier auch in Zukunft immer aus erster Hand bestens informiert, was die CDU auf Landesebene plant und welche Beschlüsse bereits umgesetzt werden konnten.



Ismail Tipi, Chefredakteur Senioren-Kurier Hessen und Abgeordneter der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag.

Der Senioren-Kurier ist damit gewissermaßen Ihr Auge und Ohr in den politischen Zentren unseres Landes. Ich hoffe, dass Ihnen diese neue Ausgabe des Senioren-Kuriers gefällt und wir Sie vom neuen Format überzeugen konnten!



Demografie: Politik mit Langzeitblick

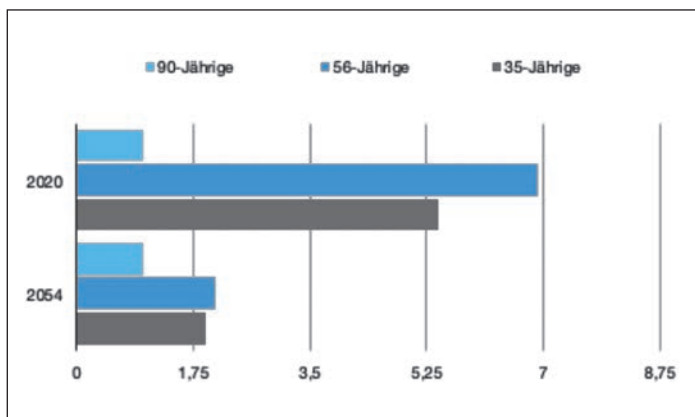
Baden-Württemberg. Die Demografie ist eine Wissenschaft, die mit Hilfe statistischer Methoden beschreibt, wie sich Bevölkerungsstrukturen verändern. Das Schlagwort „demografische Entwicklung“ ist seit einigen Jahren untrennbar verbunden mit dem Alterungsprozess unserer Gesellschaft.

Immer mehr Menschen hierzulande werden immer älter und beeindruckt auch im höheren Lebensalter durch enorme Vitalität. Dagegen schrumpft die junge Generation: Frauen bringen statistisch gesehen nur noch 1,5 Kinder zur Welt. Diese Fakten werden unser gewohntes soziales Gefüge gewaltig verschieben – das lässt sich nicht mehr aufhalten.

„Wir müssen uns auf diese veränderte Zukunft vorbereiten“, sagt Thaddäus Kunzmann, Demografie-Beauftragter des Landes Baden-Württemberg. Bei der digitalen Vorstandssitzung des Landesverbands der Senioren-Union informierte Kunzmann am Beispiel der Handlungsfelder „Wohnen“ und „Digitalisierung“ über Herausforderungen und Aufgaben, die sich nicht länger ignorieren lassen. „Der Langzeitblick ist gefragt, wir müssen uns jetzt kümmern“, mahnt Kunzmann. „Demografie ist eine Querschnittsaufgabe.“

Entwicklung mit hoher Dynamik

Die Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg sprechen eine klare Sprache. Heute gibt es im Land rund 115.000 über 90-Jährige, im Jahr 2040 werden es knapp 200.000 sein und im Jahr 2060 rund 420.000. Dramatisch verändern wird sich das zahlenmäßige Verhältnis der 90-Jährigen zu den 56- und 35-Jährigen. Im Jahr 2020 kamen auf einen 90-Jährigen 6,9 Menschen im Alter von 56 Jahren und 5,4 Menschen im Alter von 35. Im Jahr 2054 wird es so aussehen: Auf einen 90-Jährigen kommen zwei 56-Jährige und 1,9 Menschen im Alter von 35.



Das Verhältnis der 90-Jährigen zu den 35- und 56-Jährigen heute und 2054.

Wie leben Senioren heute und in Zukunft?

Die Altersgruppe 65plus lebt aktuell zu 93 Prozent in normalen Häusern und Wohnungen. Vier Prozent wohnen in einem Pflegeheim, zwei Prozent im „Betreuten Wohnen“, weniger als ein Prozent im „Gemeinsamen Wohnen“. Das gemeinsame Wohnen in zum Beispiel Mehrgenerationenhäusern ist im gesamten Bundesgebiet eine extreme Nische, nur rund 100.000 Menschen leben bundesweit in dieser Wohnform. 55 Prozent der Senioren wohnt im Eigentum, 45 Prozent in Miete. 85 Prozent der von Senioren bewohnten Wohnungen und Häuser sind älter als 30 Jahre alt, die in der Regel nicht altersgerecht ausgestattet sind.

Nach Kunzmanns Ansicht ist es – auch aus demografischer Sicht – wichtig, den Wohnungsbau weiter als öffentliche Aufgabe zu sehen. Für bedarfsgerecht hält Kunzmann eine deutliche Erhöhung der KfW-Mittel für den altersgerechten Umbau, diese betragen zurzeit 100 Millionen Euro pro Jahr. Erforderlich wäre ein landesweit angesiedeltes Kompetenzzentrum, das Architekten und Handwerker sowie ehrenamtliche Wohnraumberater berät, auch im Hinblick auf „smart-home“-Entwicklungen.

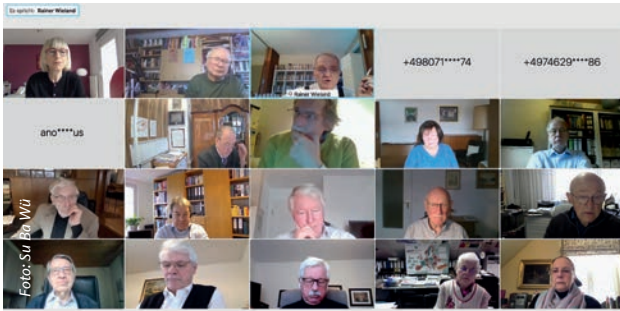
Internet-Zugang für alle Senioren

Der Zugang zum Internet ist gerade bei Hochaltrigen eine Bildungsfrage. Je höher der Bildungsgrad, umso höher die Internet-Nutzung. Ziel muss es sein, so Kunzmann, allen Senioren den Zugang zum Internet zu ermöglichen.

Die Corona-Pandemie hat der Telemedizin einen mächtigen Schub verliehen. Im Februar 2020 haben in ganz Baden-Württemberg nur neun Ärzte oder Psychotherapeuten Videosprechstunden angeboten. Anfang 2021 hat sich deren Zahl auf rasante 6.200 erhöht. Weitere Steigerungen sind zu erwarten – und für Seniorinnen und Senioren als zusätzliche Facette im hausärztlichen Betreuungsangebot durchaus von Vorteil. Weit verbreitet ist in der älteren Generation bereits jetzt das Online-Banking, die Verwendung von Skype und WhatsApp zur Kommunikation mit der Familie sowie ganz allgemein die Recherche im Internet und das Online-Shopping. Immer mehr Senioren nutzen auch soziale Netzwerke, Reiseportale, den Online-Kauf von Tickets aller Art, Navigationssysteme, Musik-Apps sowie Internet-Fernsehen und Bezahl-TV. Im Kommen sind sprachgesteuerte, internetbasierte Assistenten wie Alexa oder Magenta, die auf Zuruf Befehle umsetzen und so das Leben im „Smart Home“ erleichtern sollen. „Die Digitalisierung ist auch im Rentnerhaushalt angekommen“, sagt Kunzmann.

„Smart Home“ und smarte Mobilität

Smart Home ist der Oberbegriff für technische Verfahren und vernetzte Systeme sowie automatisierte Abläufe



Zum wiederholten Mal fand die Vorstandssitzung des Landesverbands Baden-Württemberg am 28. Januar 2021 im digitalen Format statt.

in Wohnräumen und Häusern. Ziel ist es, die Wohn- und Lebensqualität zu erhöhen, Sicherheit zu gewährleisten und Energie effizienter zu nutzen. Schon jetzt gibt es Modelle und Musterwohnungen, wo sich Senioren informieren und beraten lassen können. Einige Anwendungen lassen sich über die Kranken- oder Pflegeversicherung oder das KfW-Förderprogramm „Altersgerecht umbauen“ finanzieren. Als Beispiele nannte Kunzmann Hausnotrufsysteme, Lichtkonzepte für die Orientierung in der Nacht, einfache Haushalts- und Assistenzroboter, die Gegenstände anreichen, als Stütz- und Aufstehhilfe dienen oder auch selbstständig die Videokommunikation mit Angehörigen aufbauen.

Hochaltrige wollen mobil sein – auch hier gibt es digitale Unterstützung, die zukünftig verstärkt zum Einsatz kommen könnte. Mobilitätshilfen wie Rollatoren und Rollstühle könnten, mit digitalen Assistenzsystemen ausgerüstet, noch mehr Komfort bieten. Spezielle Apps könnten das Bewegungstraining fördern und protokollieren. Noch Zukunftsmusik ist das autonome Fahren – insbesondere im ländlichen Raum zur Erweiterung des Nahverkehrs.

Nicht alles ist nutzerfreundlich

Bei allen Vorzügen digitaler Anwendungen: in der Praxis läuft längst nicht alles perfekt. „Es reicht nicht, dass wir die Geräte haben, man muss sie auch bedienen können“,



so lässt sich die Kritik zwar williger, aber doch frustrierter Senioren auf den Punkt bringen. Einfache Handhabung und selbsterklärende, intuitive Bedienung sind eher Mangelware. Kunzmann ist sich dessen bewusst und fordert: Digitale Helfer müssen noch nutzerfreundlicher werden, um Akzeptanz zu finden. Diskussionswürdig wäre auch eine Art Qualitätssiegel, das eine unkomplizierte Anwendung bescheinigt und beim potentiellen Käufer oder Nutzer Vertrauen schafft.

Einsamkeit im Alter verhindern

Letztlich sollte man auch immer bedenken: Digitale Hilfen können zwar das Leben erleichtern, sie sind aber kein Ersatz für menschliche Zuwendung und persönliche, soziale Kontakte. Einsamkeit im Alter zu verhindern, ist eine der großen Herausforderungen, die nicht in den Hintergrund geraten darf. Schon jetzt leidet jeder Fünfte über 65 an einer Depression. Armut und Krankheit begünstigen die Isolation von Betroffenen. Es ist eine Aufgabe für Politik und Gesellschaft, hochaltrige und nicht so mobile Menschen in das öffentliche Leben einzubinden.

Demografie hoch ansiedeln

Leider werde Demografie noch viel zu häufig als „Sozialgedöns“ angesehen, bedauert Kunzmann. Er wünscht sich, dass seine Position als Beauftragter der Landesregierung im Staatsministerium höher angesiedelt wird. Als Teil des Sozialministeriums stoße er zu leicht an seine Grenzen. „Demografie ist in der Nische fehl am Platz“, so Kunzmann. Und vor allem sei es ein Fehlschluss zu sagen, man könne sich „später darum kümmern“. Schnell und dringend müssen die Kompetenzen, Bedarfe und Bedürfnisse älterer Menschen bei der Erforschung und Entwicklung digitaler Technologien noch mehr berücksichtigt werden.

Reinhild Berger

Kommentar: Keine Überraschung

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Zurzeit kommen auf einen 90-Jährigen knapp 7 Menschen im Alter von 56 Jahren und gut 5 Menschen im Alter von 35. Im Jahr 2054 wird es so aussehen: Auf einen 90-Jährigen kommen nur 2 (!) 56-Jährige und weniger als 2 (!) Menschen im Alter von 35. Dazwischen tummeln sich noch jede Menge 70- bis 80-Jährige im beruflichen Ruhestand. Nichts lässt sich daran mehr ändern. Denn die 35-Jährigen des Jahres 2054 sind schon 2019 geboren. Welch gewaltige gesellschaftliche Verschiebungen das gibt, ist kaum vorstellbar. Ganz abgesehen davon, dass der Generationenvertrag unseres Rentensystems schwer ins Trudeln gerät. Wie hoch müssen die Lohn-

nebenkosten klettern, um die Sozialkassen zu füllen? Wie hoch werden die Steuern steigen müssen, um Defizite auszugleichen? Je früher die Politik Konzepte für eine bald sehr hochaltrige Bevölkerung entwickelt, umso besser. Wir stehen vor Umbrüchen, die mit Langzeitblick gemeistert werden müssen. Kein Politikbereich darf sich verstecken, jedes Handlungsfeld muss die demografische Entwicklung mit einbinden. Dass die Zukunft immer wieder für Überraschungen gut ist, hat uns die Corona-Pandemie gezeigt. Die Altersstruktur der Bevölkerung ist keine Überraschung, sie kann und muss schon jetzt Bestandteil aller verantwortungsvollen Planungen werden. Reinhild Berger



Sie entscheiden die Wahl!

Rheinland-Pfalz. Wir wollen Verantwortung für Rheinland-Pfalz tragen. Am 14. März geht es darum, die Weichen richtig zu stellen. Wir sind über-



zeugt: Die CDU hat die richtigen Antworten auf die Chancen und Herausforderungen der Zukunft. Sie verlangen unser mutiges und vorausschauendes politisches Handeln. Wir als Senioren-Union haben uns daher mit unseren Vorstellungen für eine altersgerechtere Politik in das Regierungsprogramm der CDU Rheinland-Pfalz eingebracht:

Wir müssen die Alterseinsamkeit und Altersdiskriminierung bekämpfen. Dazu wollen wir die Erweiterung der Arbeit der **Sozialstationen** um eine ausgebildete, **ambulante sozialpsychiatrische Fachbegleitung** und Betreuung, die schnell, niederschwellig und professionell hilft, insbesondere Seniorinnen und Senioren, bevor die etablierten sozialen Bindungen überfordert sind.

Jeder Mensch soll **selbstbestimmt und in Würde alt werden**

können. Das darf keine Frage des Wohnortes sein. Wir wollen daher innerörtlich **Sozial- oder Gesundheitszentren** in enger Kooperation mit Pflegestützpunkten schaffen. Wir wollen durch **Seniorenämter** alle kommunalen Aufgaben zur Fürsorge und für die Autonomie älterer Menschen bündeln.

Viele Menschen sind von Altersarmut bedroht. Daher wollen wir, dass **Kindererziehungszeiten** nach dem Tod des Partners auf den überlebenden Partner übertragen werden. Gründe für Altersarmut sind vielseitig, aber dies wäre ein Ansatzpunkt, ihr entgegenzuwirken. Wir werben um ein starkes Mandat für einen Regierungsauftrag mit unserem Spitzenkandidaten **Christian Baldauf**. Geben Sie bei der Landtagswahl am 14. März beide Stimmen der CDU Rheinland-Pfalz!



Senioren-genossenschaft Oberhavel macht Schule

Brandenburg. Unter dem Dach des Deutschen Roten Kreuzes hat sich die Senioren-genossenschaft Oberhavel gegründet. Der Leitgedanke „Senioren helfen Senioren“ wurde Realität. „Hilfe und Unterstützung auf Gegenseitigkeit“ soll für alle Hilfesuchenden gelten.

Unter Mitwirkung von Medi Mobil unterstützen ehrenamtliche Helfer in Haus, Wohnung und Garten, begleiten den Gang zum Arzt oder zur Behörde und übernehmen tägliche Aufgaben. Außerdem möchten sie die sozialen Kontakte ihrer Mitglieder unterstützen, und dabei einen generationsübergreifenden Austausch herstellen. Für Vorstandsmitglied Werner Mundt (Senioren-Union) ist es der persönliche Kontakt: „Einsamkeit ist das Schlimmste und macht krank. Dem möchten wir vorbeugen, indem wir füreinander da sind“.

Oberhavel ist mit diesem Konzept Vorreiter in Brandenburg. Hilfen können bereits für monatlich 7,50 Euro in Anspruch genommen werden. Einlagen oder Anteile, wie bei anderen Genossenschaften, müssen nicht gezahlt werden. Den Anschub gab das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit 20.000 Euro aus dem „Anlaufstellenprogramm für ältere Menschen“. Seit-

dem profitiert die Genossenschaft von der Unterstützung des DRK und wird durch den Landkreis gefördert.

Das Modell macht Schule. Die Genossenschaft hat inzwischen über 50 Mitglieder und findet in anderen Regionen Nachahmer. Auf dem „Marktplatz der Möglichkeiten“ des Landes Brandenburg wurde die Senioren-genossenschaft Oberhavel als „Demografie-Beispiel des Monats“ ausgezeichnet.



Nach viel Arbeit auch mal Pause. Die Senioren-genossenschaft Oberhavel.



Senioren-Union unterstützt das Rentenkonzept



Dr. Klaus Kutschmann,
Beisitzer im Landesvorstand

Magdeburg. Die Kreisvereinigung der Senioren-Union Magdeburg (Vorsitzender ist Eckart Hauschild) ist eine der aktivsten in Sachsen-Anhalt. Ein Schwerpunkt der Arbeit war 2020 das Rentenkonzept der CDU. Daraus resultierte eine Stellungnahme, die durch Dr. Klaus Kutschmann in den Landesvorstand der Senioren-Union eingebracht und dort auf digitalem Wege abgestimmt und bestätigt wurde.

Die Senioren-Union der CDU Sachsen-Anhalt unterstützt nachdrücklich das von der CDU vorgelegte Rentenkonzept und die darin festgeschriebene Dy-

namisierung des Renteneintrittsalters. Die Gründe sind:

1. Angesichts des demographischen Wandels, des zunehmenden Fachkräftemangels sowie der immer älter werdenden Bevölkerung setzt eine nachhaltige Entwicklung die ungebrochene Teilhabe der älteren Menschen am Arbeitsleben voraus. Es müssen Konzepte entwickelt werden, die dieser veränderten Situation Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang sind die flexible und individuelle Beendigung der Erwerbstätigkeit und Abschaffung der „Zwangsverrentung“ für viele Berufsgruppen erforderlich.
2. Die heutige Generation der über 60-Jährigen ist mehrheitlich körperlich und geistig besser aufgestellt als früher. Überdies stellt eine berufliche Tätigkeit gerade für viele ältere Beschäftigte mehr als Arbeit im eigentlichen Sinn dar. Vielmehr sind für diese Generation der soziale Kontakt, das Gefühl des Gebrauchtwerdens und der Stolz, eigene Kenntnisse und Fertigkeiten der nachfolgenden Generation weiter zu geben. Letzteres ist für die nachfolgende Generation unverzichtbar.
3. Allerdings muss bei einer Tätigkeit den sich teilweise durch das Alter bedingten unterschiedlichen Belastungsgrenzen Rechnung getragen werden. Arbeitsende, -rhythmen, -abläufe, – und -umfang, auch der Arbeitsplatz selbst, sind umzugestalten, um einem altersbedingten Strukturwandel am Arbeitsplatz Rechnung zu tragen. Es muss beispielsweise möglich sein, die wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren oder für Menschen mit Berufen, die mit schwerer körperlicher Arbeit verbunden sind, rechtzeitig eine staatlich geförderte Umschulung zu einer leichteren Arbeit zu gewähren. Eine Beschäftigung nach der Umschulung muss gesichert werden.
4. Eine angemessene berufliche Tätigkeit kann der Entwicklung physischer und psychischer Erkrankungen vorbeugen.
5. Der Übergang von der beruflichen Tätigkeit in den Ruhestand sollte allmählich, gleichsam ausschleichend erfolgen. Alle damit verbundenen Maßnahmen müssen auf freiwilliger Basis und mit den Betroffenen abgestimmt erfolgen. Auch eine steuerliche Begünstigung der „Rentnerarbeit“ sollte überdacht werden.



Mit Kraft und Energie ins Wahljahr 2021

Sachsen. Nun ist endlich die Frage des Parteivorsitzenden der CDU geklärt. Es wird jetzt Aufgabe des neuen Vorsitzenden sein, die „Seiten“ zusammen zu führen und das wahlintensive Jahr 2021 für die Union optimal zu organisieren. Sachsen hätte sich es anders gewünscht, aber die Entscheidung der Mehrheit ist zu akzeptieren, und wir alle müssen jetzt gemeinsam mit dem neuen Vorsitzenden Armin Laschet die CDU weiterhin nach vorne bringen. Aufgaben haben wir genug. Die Frage des Kanzlerkandidaten sollte dennoch baldmöglichst geklärt werden, denn sie überlagert in den Medien jegliche Sacharbeit.

Die Entscheidung, die Impfdosen durch die EU organisieren zu lassen war eine Fehlentscheidung. Solch wichtige Fragen müssen die Länder selbst regeln, denn die Frage der Solidarität hätte man untereinander organisieren können. Hier hat die Europäische Union versagt.

Sachsen hat in weiser Voraussicht 50 Prozent seiner Impfdosen zurückgehalten, damit gesichert ist, dass fristgerecht die Zweitimpfung erfolgen kann. Auch müssen wir als Bürger darauf achten, dass das Thema Corona nicht alle anderen Entscheidungen in der Politik verdecken.

Ein Beispiel der vielen offenen Aufgaben sei genannt. Die Zahlungen der Rentner des Arbeitgeberanteils aus der betrieblichen Altersvorsorge bei der Krankenkasse muss endlich für alle beseitigt werden. Eine wichtige Aufgabe, denn hier handelt es sich um eine „Altlast“ der Rot-Grünen Schröder Regierung. Dies muss noch vor der Wahl entschieden werden.

Bleiben Sie gesund und lassen Sie uns ab sofort mit der Werbung für die CDU beginnen.

Klaus Leroff, Landesvorsitzender
der Senioren-Union Sachsen

Herausgeber:
Senioren-Union der CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin

Chefredaktion:
Claus Bernhold (v. i. S. d. P.) Claus.Bernhold@cdu.de

Redaktion für die Landesverbände (v. i. S. d. P.):

- Baden-Württemberg:
Josef Müller, josef.mueller@cdu-bw.de
Reinhild Berger, reinhild-berger@t-online.de
- Berlin:
Werner Robertz, werner.robertz@gmx.net
- Brandenburg:
Werner Pahnhenrich, werner.pahnhenrich@t-online.de
- Bremen:
Heiko Strohmann, strohmann@cdu-bremen.de
- Hamburg:
Michael Ohm, ohm@cduhamburg.de
- Hessen:
Ismail Tipi MdL, i.tipi@ltg.hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern:
Helga Karp, helga.karp@hofkarp.de
- Nordrhein-Westfalen:
Heinz Soth, heinz.soth@cdu.nrw
- Niedersachsen:
Rainer Hajek, Rainer.Hajek@freenet.de
- Oldenburg:
Josef Holtvogt, holtvogt@cdu-ol.de
- Rheinland-Pfalz:
Ralf Glesius, ralf.glesius@rlp.cdu.de
- Saarland:
Manfred Maurer, regionalverband@manfred-maurer.de
- Sachsen:
Peter Liebers, senioren-union@cdu-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt:
Prof. Dr. Wolfgang Merbach, merbach@landw.uni-halle.de
- Schleswig-Holstein:
Helga Lucas, helga.lucas@cdu-sh.de
- Thüringen:
Gisela Heym, giselahey@web.de

Verlag und Druck
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802213, Telefax: 02226 802222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer

Projektleitung
Gabriele Grabowski
E-Mail: gabriele.grabowski@ubgnet.de
Sonja Bach-Meiers
E-Mail: verlag@ubgnet.de

Art-Direktion
UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder: Bildnachweise im Innenteil,
Bild Bäume: SU Mecklenburg-Vorpommern

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck und Verwendung
nur mit Genehmigung der Senioren-Union
der CDU Deutschlands.

Namentlich gezeichnete Beiträge und Kommentare
liegen in der Verantwortung der jeweiligen Länderredaktion
beziehungsweise der Verfasserin/des Verfassers
und geben nicht unbedingt die Meinung der Chefredaktion
wieder.

Zukunft gestalten wir mit



Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern. Wir leben in einer sozialen ökologischen Digitalrevolution und in der größten Pandemie seit dem 2. Weltkrieg. Positive zwischenmenschliche Beziehungen und Kommunikation sollten Grundlagen für die Zukunft sein.

Diese Zeilen dienen dazu, dass wir Senioren unser Wissen für die junge Generation weitergeben, um eine positive Zukunft nach dieser Pandemie unseren Kindern und Kindeskindern zu geben. Wir haben gelernt, dass Kriege und Diktaturen keine angenehme Lebensgrundlage sind. Wir können durch die digitalen Medien unser Wissen und eigene Anregungen für die folgenden Generationen hinterlassen. Eröffnen wir die Diskussionen dazu.

Wir brauchen nicht allein sein, wenn wir gemeinsam – entweder zum Telefon greifen oder sogar die sozialen Medien nutzen, um unsere Kommunikation mit Bekannten oder auch unbekannten Personen zu nutzen. Wie lernt man andere Menschen kennen? Indem wir aktiv auf den anderen zugehen oder heutzutage die sozialen Medien, wie Telegram, Signal, Instagram und Twitter nutzen. Wenn wir „Alten“ den Mut aufbringen, selbst wenn wir Hilfe von anderen Personen am Anfang benötigen, die Chancen der modernen Kommunikation zu nutzen, können wir heute noch besser unsere Erfahrungen in die neue Welt miteinbringen.

Ich habe durch die sozialen Medien gelernt, dass viele für uns Selbstverständlichkeiten gar nicht mehr bei jüngeren Menschen bewusst oder bekannt sind. Geschichte wurde bisher von späteren Generationen geschrieben, nutzen wir heute die Zeit und beteiligen uns an der Wahrheitsfindung der Realitäten, die wir erleben durften oder konnten. Damit wir die Senioren-Union attraktiver machen, könnten wir nicht dazu übergehen, uns nach der Pandemie über die Bundesländer hinaus zu besuchen? Wir besuchen andere Bundesländer und umgekehrt werden Freundschaften neu entstehen. Wir haben viele Wahlen in diesem Jahr – nutzen wir die Zeit, uns alle besser kennenzulernen!

Autor: Her Daubitz-Abend,

Mitgliederbeauftragter im Landesvorstand der SU Mecklenburg-Vorpommern.

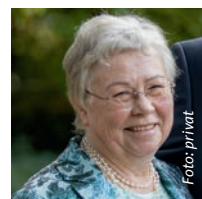
Wir haben Corona-Pandemie, aber keinen Krieg!

Mecklenburg-Vorpommern. Bei uns sterben alte Menschen – Menschen, die den 2. Weltkrieg zum Teil noch erlebt haben. Menschen, die nach dem Krieg unser Land aufgebaut haben. Mit viel Entbehrungen, Mut und Kraft haben sie Deutschland zu einem starken, stabilen Land gemacht. Sie mussten auf vieles verzichten.

Heute haben wir Corona. Aber die Häuser, Schulen, Fabriken, Restaurants, Kinos sind nicht zerstört. Sie können von heute auf morgen sofort wieder funktionieren. Die meisten unserer Kinder haben ein warmes Zimmer mit Handy, Tablet, Laptop und PC. Nicht alle Kinder können das für sich sagen – wir müssen ihnen helfen.

Trauen wir unseren Kindern und Jugendlichen nicht zu, diese Coronazeit auszugleichen? Sie haben noch meistens 60-70 oder über 80 Jahre vor sich. Sind sie wirklich zu weich, zu verwöhnt, zu wenig ehrgeizig und zu einfallslos, um dieses Jahr auszugleichen? Wir sollten ihnen zutrauen das hinzukriegen. Diese junge Generation ist nicht schlechter motiviert als die Nachkriegsgeneration. Die Voraussetzungen sind aber besser.

Also hören wir auf, die Corona Generation zu bedauern. Wir müssen ihnen Mut und Zuversicht vermitteln. Sie schaffen das.



*Helga Karp,
Landesvorsitzende
der Senioren-Union
MV.*